

**Koalitionsvereinbarung CDU, CSU und SPD**  
**AG Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte**

**Präambel**

Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung.

Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten.

Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein.

Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.

Die globalen Herausforderungen sind nur in internationaler Zusammenarbeit und in einem koordinierten Einsatz aller Instrumente der Außen-, Sicherheits- Verteidigungs- und Entwicklungspolitik zu bewältigen.

Wir stehen für Verlässlichkeit und Bündnistreue. Wir wollen ein guter Partner bei der Gestaltung einer gerechten Weltordnung sein.

**Auswärtiges**

**Deutschlands Zukunft in Europa**

Wir wollen eine starke und selbstbewusste Europäische Union, die den Globalisierungsprozess maßgeblich mit gestaltet und dabei entschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand eintritt.

Als Werte- und Rechtsgemeinschaft steht die Europäische Union für Freiheit und Menschenrechte, für Toleranz und friedliches Zusammenleben nach innen und nach außen, für Wohlstand und soziale Sicherheit. Unsere Werte, unseren Wohlstand und unsere Interessen können wir Europäer nur gemeinsam erfolgreich wahren.

**Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Partnern**

Deutschland wird aktiv dazu beitragen, das Vertrauen in das europäische Einigungswerk zu stärken und auszubauen. Denn die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind groß. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Partnern ist für den gemeinsamen Erfolg unerlässlich. Wir werden uns deshalb noch intensiver dafür einsetzen, die unterschiedlichen Positionen unter Beachtung unserer Interessen zusammenzuführen, damit die Europäische Union geschlossen auftritt und mit einer Stimme spricht. Die Berücksichtigung der Interessen der kleinen und mittleren Mitgliedstaaten ist konstitutiver Bestandteil unserer Europapolitik.

Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in ihrem internationalen Einsatz für Menschenrechte hängt maßgeblich davon ab, wie konsequent sie ihre Werte lebt und deren Verletzung im Innern ahndet. Die Bundesregierung setzt sich auf Grundlage von Artikel 7 EUV für einen wirksamen Mechanismus zur Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer

42 Standards in Europa ein, um den Schutz der Werte, wie sie in Artikel 2 EUV verankert sind, zu  
43 gewährleisten.

44 Die deutsch-französische Partnerschaft ist in ihrer Breite und Tiefe einzigartig. Unsere Länder  
45 haben als starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber auch besondere  
46 Möglichkeiten, die europäische Einigung maßgeblich zu fördern und Wohlstand, Sicherheit  
47 und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Wir  
48 werden die am 22. Januar 2013 beschlossene deutsch-französische Agenda Schritt für Schritt  
49 weiter umsetzen.

50 Polen hat für Deutschland ebenfalls eine herausragende Bedeutung. Wir wollen unsere  
51 Partnerschaft mit Polen weiter vertiefen und die vielfältigen nachbarschaftlichen  
52 Beziehungen nutzen, um die persönlichen Begegnungen zwischen den Menschen  
53 auszubauen und die wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln. Die  
54 zivilgesellschaftliche Dimension der deutsch-polnischen Beziehungen werden wir  
55 insbesondere im Rahmen von Jugendbegegnungen aktiv fördern. Die Arbeitsmöglichkeiten  
56 des Deutsch-Polnischen Jugendwerks werden wir ausweiten und den  
57 Jugendbegegnungsstätten in Kreisau und Auschwitz eine langfristige Perspektive geben.

58 Wir werden die Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck  
59 intensivieren, um insbesondere in den grundlegenden Zukunftsfragen der europäischen  
60 Einigung neue Impulse zu geben.

61 Bilaterale Initiativen mit unseren mitteleuropäischen Partnern wollen wir ausbauen. Dem  
62 deutsch-tschechischen Zukunftsforum und dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds  
63 sichern wir eine Perspektive über 2017 hinaus.

#### 64 **Erweiterungen und östliche Nachbarschaft**

65 Die Erweiterung der EU ist aktive europäische Friedenspolitik. Die bisherigen EU-  
66 Erweiterungen sind im Interesse Deutschlands und Europas. Wir stehen dazu, dass dieser  
67 Prozess unter strikter Beachtung der Beitrittskriterien fortgesetzt wird und die Staaten des  
68 Westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive haben. Die Lösung von Konflikten in der  
69 unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union, insbesondere auch auf dem  
70 Westlichen Balkan, ist eine Priorität deutscher Außenpolitik. Dabei werden wir die  
71 Konfliktparteien entschlossen in die Pflicht nehmen. Sowohl Serbien als auch Kosovo müssen  
72 ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Wir wollen KFOR im Einklang mit der  
73 Sicherheitsentwicklung schrittweise reduzieren und zum Abschluss führen. Gemeinsam mit  
74 unseren Partnern und Verbündeten werden wir die Heranführung der Länder des  
75 Westlichen Balkans an EU und NATO, den politischen und ökonomischen Wandel in diesen  
76 Ländern sowie die Lösung von bestehenden Konflikten aktiv vorantreiben. Für die EU-  
77 Erweiterung sind die Anwendung strenger Kriterien und klar überprüfbarer Fortschritte  
78 ebenso wichtig wie Fairness und Glaubwürdigkeit der EU. Maßgeblich sind sowohl die  
79 Beitrittsfähigkeit der Kandidaten als auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union.

80 Die Türkei hat für Europa strategische und wirtschaftliche Bedeutung. Wir sind darüber  
81 hinaus mit der Türkei durch vielfältige Beziehungen zwischen den Menschen in unseren  
82 beiden Ländern eng verbunden. Wir möchten die Beziehungen zwischen der Europäischen  
83 Union und der Türkei weiter vertiefen, einschließlich einer engen strategischen  
84 Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Wir sehen nicht nur die  
85 eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, sondern begrüßen vor allem die mit  
86 Blick auf die Beitrittsverhandlungen unternommenen Reformanstrengungen. Der  
87 Verhandlungsprozess läuft mit der Eröffnung neuer Verhandlungskapitel weiter. Die

88 unbedingte Achtung der Werte, auf denen auch die EU fußt, wie Demokratie,  
89 Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, und deren innerstaatliche Durchsetzung sind  
90 Voraussetzung für den weiteren Prozess. Die 2005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem  
91 Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet  
92 und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt. Auch in der Türkei wird eine  
93 Diskussion über die Frage der EU-Mitgliedschaft geführt. Sollte die EU nicht aufnahmefähig  
94 oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen  
95 Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, muss die Türkei in einer Weise, die ihr  
96 privilegiertes Verhältnis zur EU und zu Deutschland weiter entwickelt, möglichst eng an die  
97 europäischen Strukturen angebunden werden.

98 Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands und der EU, Stabilität, Demokratie,  
99 Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung auch in den anderen angrenzenden  
100 Regionen zu fördern. In diesem Zusammenhang hat sich die Europäische  
101 Nachbarschaftspolitik bewährt. Wir wollen die Partnerländer dauerhaft für eine gute  
102 Zusammenarbeit gewinnen und die demokratischen Transformationsprozesse gezielter  
103 unterstützen. Eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in der östlichen  
104 Nachbarschaft ist für Deutschland und die Europäische Union von zentralem Interesse.  
105 Assoziierungs-, Freihandels- und Visaerleichterungs-Abkommen bleiben deshalb die besten  
106 Instrumente für eine Annäherung dieser Staaten an die EU im Rahmen der Östlichen  
107 Partnerschaft. Wir werden uns für ihre bessere Wahrnehmung durch die EU einsetzen. Auch  
108 mit diesen Staaten werden wir einen offenen Dialog führen und die Zusammenarbeit mit  
109 den Zivilgesellschaften intensivieren.

110 Die Nachbarländer an der südlichen und östlichen Küste des Mittelmeers sind von  
111 strategischer Bedeutung für Europa. Eine engere Anbindung dieser Staaten an die EU kann  
112 zu einer Stabilisierung der Region beitragen. Die EU steht in der Pflicht, durch engagiertes  
113 und solidarisches Handeln Stabilität, Frieden, Sicherheit und Wohlstand in dieser Region zu  
114 befördern. Die mediterrane Partnerschaft braucht einen neuen glaubwürdigen Auftakt zur  
115 Zusammenarbeit, zu der die Bundesregierung aktiv beitragen wird.

#### 116 **Europa: Stark in der Welt**

117 Wir wollen, dass die Europäische Union ihrer Verantwortung als Trägerin des  
118 Friedensnobelpreises auch künftig nachkommt. Sie muss in der globalisierten Welt des 21.  
119 Jahrhunderts die internationale Politik mitgestalten und hierfür eine starke eigenständige  
120 Rolle wahrnehmen. Die Bundesregierung wird anknüpfend an den EU-Gipfel im Dezember  
121 2013 neue politische Initiativen zur Stärkung und Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und  
122 Sicherheitspolitik ergreifen. Der Europäische Rat sollte sich auf der Ebene der Staats- und  
123 Regierungschefs in der Regel ein Mal im Jahr mit Außen-, Sicherheits- und  
124 Verteidigungspolitik befassen.

125 Wir setzen uns dafür ein, das Amt des/der Hohen Beauftragten für die Außen- und  
126 Sicherheitspolitik, der/die auch Vizepräsident/in der Europäischen Kommission ist, zu  
127 stärken, um als Europäische Union in Krisensituationen noch geschlossener und wirksamer  
128 handeln zu können. Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU müssen klare  
129 Prioritäten und strategische Leitlinien festgelegt werden. Die Handlungsfähigkeit des  
130 Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für ein präventives Krisenmanagement und für  
131 eine schnelle Krisenreaktion muss verbessert werden. Ein schlanker EAD hat eine funktionale  
132 und keine überwiegend repräsentative Aufgabe. Außenpolitische Fragen, Handelspolitik  
133 sowie Entwicklungszusammenarbeit müssen zwischen EU-Kommission und EAD besser  
134 verknüpft und enger abgestimmt werden.

135 Die Europäische Union braucht mehr denn je eine strategische Diskussion, was sie mit  
136 vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen erreichen kann  
137 und will. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten können wertvolle Hilfe beim  
138 Aufbau von Demokratie, rechtsstaatlichen Systemen und einer leistungsfähigen Verwaltung  
139 in Drittländern leisten. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Polizei und Justiz.

140 Wir setzen uns dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union  
141 weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähigkeiten zur  
142 Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern. Die Streitkräfteplanung in  
143 Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzustimmen.  
144 Dopplungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen komplementär  
145 zueinander sein.

146 Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur Wahrung und Stärkung der  
147 Sicherheit Europas vorrangig in unserer geographischen Nachbarschaft durchgeführt  
148 werden. Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen Partnern und  
149 Organisationen übertragen werden, beispielsweise der Afrikanischen Union (AU), der  
150 Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder dem Golf-Kooperationsrat (GCC).  
151 Diese und weitere regionale Organisationen sowie verlässliche Partner vor Ort müssen zur  
152 Übernahme von Verantwortung unterstützt werden.

### 153 **OSZE**

154 Die OSZE spielt als Verhandlungs- und Konsultationsrahmen für die gesamteuropäische  
155 Sicherheit durch vertrauensbildende Maßnahmen und Transparenz, durch die Unterstützung  
156 beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und die Hilfe bei der Umsetzung  
157 menschenrechtlicher Normen und durch konventionelle Abrüstung eine wichtige Rolle für  
158 Stabilität und Sicherheit. Deshalb wollen wir die OSZE stärken. Die Bundesregierung erklärt  
159 sich in Absprache mit den OSZE-Partnernationen, insbesondere Polen und Frankreich, dazu  
160 bereit, mehr Verantwortung in der OSZE zu tragen.

### 161 **Europarat**

162 Der Europarat als älteste supranationale Organisation in Europa war und ist ein Wegbereiter  
163 von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Die Europäische  
164 Menschenrechtskonvention ist für inzwischen 800 Millionen Bürgerinnen und Bürger in 47  
165 Staaten ein Schutzsystem von unschätzbarem Wert. Der Europäische Gerichtshof für  
166 Menschenrechte ist für viele Bürgerinnen und Bürger letzte Instanz zur Wahrung von Grund-  
167 und Menschenrechten. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates muss sich auf  
168 diese Kernkompetenz besinnen. Darauf werden wir intensiv hinarbeiten.

### 169 **Transatlantische Partnerschaft / NATO stärken**

170 Die transatlantische Zusammenarbeit ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von  
171 grundlegender Bedeutung. Europäer und Amerikaner sind unverändert aufeinander  
172 angewiesen, um ihrer gemeinsamen globalen Verantwortung nachzukommen. Die  
173 transatlantische Partnerschaft basiert auf einem Fundament gemeinsamer Werte und  
174 Interessen und ist deshalb auch heute der Schlüssel zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand  
175 für alle. Auch im 21. Jahrhundert gibt es keine besseren Partner füreinander als Amerika und  
176 Europa. Die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist das Rückgrat unserer  
177 Sicherheit und Freiheit und ein Grundpfeiler unserer internationalen Zusammenarbeit.

178 Dort, wo in jüngster Zeit Vertrauen in Frage gestellt wurde, muss es wiederhergestellt  
179 werden. Dazu erwarten wir ein deutliches Bekenntnis und entsprechende Maßnahmen der

180 US-Administration. Wir wollen die Regeln, die für den Umgang zwischen Partnern gelten,  
181 klarer definieren und streben glaubhafte und überprüfbare Vereinbarungen an, um die  
182 Privatsphäre unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

183 Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte zur  
184 Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. Wir wollen, dass die Verhandlungen  
185 erfolgreich zum Abschluss geführt werden, ohne im Vertrag parlamentarische Kontrolle und  
186 gerichtlichen Schutz in Frage zu stellen. Unser Ziel ist dabei, bestehende Hindernisse in den  
187 transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so umfassend wie möglich  
188 abzubauen. Die Zulassung begründeter Ausnahmen muss für jede Vertragspartei Teil des  
189 Abkommens sein. Wir werden auf die Sicherung der Schutzstandards der Europäischen  
190 Union insbesondere im Bereich der Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie der  
191 Verbraucherrechte und der öffentlichen Daseinsvorsorge Wert legen.

192 Wir stehen gemeinsam neuen, durch Asymmetrien geprägten Herausforderungen unserer  
193 Sicherheit gegenüber. Wir bekennen uns zur NATO und zu ihrem neuen strategischen  
194 Konzept. Die transatlantische Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer  
195 Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts neuer Risiken und Bedrohungen einer  
196 globalisierten Welt. Die NATO ist die strategische verteidigungspolitische Organisation, die in  
197 vergangenen Jahrzehnten nicht nur Deutschlands und Europas Sicherheit gewährleistet hat,  
198 sondern auch bewiesen hat, dass sie zu Anpassungen an die Erfordernisse der Zeit fähig ist.  
199 Sie ist die Organisation, in der die transatlantischen Partner ihre strategischen  
200 sicherheitspolitischen Vorstellungen gleichberechtigt konsultieren und koordinieren.

201 Wir wirken im Bündnis aktiv mit und setzen uns auch auf diese Weise dafür ein, dass die  
202 Bindungen zwischen Nordamerika und Europa tragfähig bleiben und vertieft werden.  
203 Deutschland wird auch künftig seinen angemessenen Teil der Lasten im Bündnis verlässlich  
204 leisten. Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern setzen wir konsequent die Beschlüsse von  
205 Chicago zur strategischen Neuausrichtung der Allianz um.

206 Wir bekennen uns zu den bestehenden Grundsätzen zur Öffnung der Allianz für neue  
207 Mitglieder, die die Werte des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten teilen und deren  
208 Aufnahme mehr Sicherheit und Stabilität für alle Mitgliedstaaten mit sich bringt. Wir treten  
209 dafür ein, das Atlantische Bündnis in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern weiterhin  
210 als handlungsfähige verteidigungspolitische Allianz zu entwickeln.

211 Wir unterstützen die Verteidigungskooperation auf Grundlage der Smart-Defence Initiative,  
212 militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzustellen und die  
213 Interoperabilität der Streitkräfte im Bündnis zu erhalten. Deutschland ist bereit, als  
214 Rahmennation dazu beizutragen, zusammen mit anderen NATO-Partnern Fähigkeiten für das  
215 Bündnis zu erbringen und beispielhaft das sicherheitspolitische und militärische  
216 Zusammenwachsen in Europa zu befördern.

217 Das Instrument des NATO-Russland-Rates wollen wir weiterhin nutzen und den  
218 strategischen Wert dieses Gremiums stärken. Gerade in Bezug auf den Abzug der ISAF-  
219 Truppen aus Afghanistan hat sich gezeigt, dass die Kooperation zwischen NATO und Russland  
220 möglich und im gegenseitigen Interesse ist. Diese positiven Erfahrungen sollten auch für  
221 andere sicherheitspolitische Herausforderungen, wie den Gesprächen über den Aufbau der  
222 NATO-Raketenabwehr, genutzt werden. Die Bundesregierung bekennt sich in diesem  
223 Zusammenhang zu ihren bündnispolitischen Zusagen und wird ihren Beitrag zum Aufbau der  
224 NATO-Raketenabwehr leisten, die wir für den effektiven Schutz vor der Bedrohung durch  
225 Raketen in den Händen von Risikostaat benötigen. Die Bundesregierung wird dabei mit

226 ihren NATO-Partnern gemeinsame und kooperative Lösungen suchen, die nicht zu neuen  
227 Spannungen und Rüstungswettläufen führen. Die Chancen, die sich mit dem Verzicht der  
228 USA auf den Ausbau der 4. Stufe ergeben, wollen wir intensiv nutzen.

### 229 **Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland**

230 Deutschland und Russland sind durch eine wechselvolle Geschichte eng miteinander  
231 verbunden. Russland ist der größte und wichtigste Nachbar der Europäischen Union. Ein  
232 modernes, wirtschaftlich starkes und demokratisches Russland liegt in deutschem wie  
233 europäischem Interesse. Wir wollen deshalb die Modernisierungspartnerschaft auf weitere  
234 Bereiche ausdehnen, um auf gesellschaftlichem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu  
235 Fortschritten zu kommen. Wir werden deshalb mit der russischen Führung offen über  
236 unterschiedliche Vorstellungen einer Modernisierungspartnerschaft sprechen.

237 Wir begrüßen und unterstützen die vielfältigen Bemühungen um eine Verbreiterung und  
238 Vertiefung der Beziehungen auf staatlicher und ziviler Ebene. Wir streben die  
239 Weiterentwicklung des Petersburger Dialogs an. Darüber hinaus wollen wir neue Formen des  
240 gesellschaftlichen Dialogs mit Russland ins Leben rufen und die bilateralen Kontakte zu  
241 Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und Zivilgesellschaft intensivieren sowie die  
242 zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit fördern. Russland ist gefordert, beim Umgang  
243 mit der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition, ebenso wie bei der Behandlung  
244 gesellschaftlicher Minderheiten, rechtsstaatliche und demokratische Standards einzuhalten.  
245 Die Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, der Aufbau einer unabhängigen Justiz, die  
246 Bekämpfung der Korruption, die Einhaltung der Menschenrechte und die Respektierung  
247 bürgerlicher Freiheiten, zu denen sich Russland auch international verpflichtet hat, dienen  
248 auch der Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen. Das gilt auch für die Einhaltung der  
249 WTO-Verpflichtungen.

250 Wir streben eine weitere Liberalisierung der Visaregelungen für Unternehmer,  
251 Wissenschaftler, zivilgesellschaftliche Akteure und Studenten an. Wir wollen die Russland-  
252 und Osteuropa-Kompetenz in Deutschland auf eine solide Grundlage stellen. Dazu wollen wir  
253 die wissenschaftlich-analytische Expertise zu dieser Region stärken.

254 Wir werden uns in der Europäischen Union für mehr Kohärenz in der Russland-Politik  
255 einsetzen. Wir verfolgen auch weiterhin das Ziel eines neuen Partnerschaftsabkommen  
256 zwischen der Europäischen Union und Russland, den Ausbau der Ostseezusammenarbeit  
257 sowie eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei  
258 kommt der Vertiefung des trilateralen Dialogs zwischen Deutschland, Polen und Russland  
259 eine Schlüsselrolle zu. Bei der Gestaltung unserer Beziehungen zu Russland wollen wir die  
260 berechtigten Interessen unserer gemeinsamen Nachbarn berücksichtigen.

261 Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit und nicht gegen Russland erreichen. Dabei  
262 wollen wir gemeinsam mit Russland vor allem die Regelung von Konflikten in der  
263 gemeinsamen Nachbarschaft voran bringen und erwarten insbesondere in der  
264 Transnistrienfrage Fortschritte.

### 265 **Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

266 Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sind ein bedeutsames Element deutscher Außen-  
267 und Sicherheitspolitik. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung tragen wesentlich  
268 zum Frieden sowie zu unserer Sicherheit und Stabilität bei. Wir treten für allgemeine und  
269 weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl von konventionellen als auch von  
270 Massenvernichtungswaffen ein.

271 Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern haben wir uns auf dem Gipfel von Chicago zum Ziel  
272 gesetzt, die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen und bis dahin die Rolle  
273 von Nuklearwaffen zu reduzieren. Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im  
274 strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an  
275 den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.

276 Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass zwischen den USA und Russland  
277 Verhandlungen zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich  
278 beginnen, und entsprechende Schritte beider Partner engagiert unterstützen. Erfolgreiche  
279 Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und  
280 Europa stationierten taktischen Atomwaffen.

281 Gleichzeitig braucht die konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa neue  
282 politische Impulse. Wir werden uns über das KSE-Vertragswerk hinaus für die  
283 Modernisierung der Rüstungskontrollarchitektur in Europa auf Grundlage verifizierbarer  
284 Transparenz einsetzen.

285 Wir werden uns international für die vollständige Implementierung des VN-  
286 Kleinwaffenabkommens einsetzen und die Umsetzung in adäquate nationale  
287 Kontrollmechanismen unterstützen. Alle im nichtstaatlichen Bereich in Deutschland  
288 gehandelten und geführten sowie für den Export vorgesehenen und vom VN-  
289 Kleinwaffenaktionsprogramm erfassten Klein- und Leichtwaffen sollten in Zukunft mit einer  
290 möglichst unauslöschlichen Markierung versehen werden, um deren Nachverfolgbarkeit zu  
291 ermöglichen. Auch die weltweite Umsetzung des internationalen Waffenhandelsvertrags  
292 (ATT) wollen wir energisch vorantreiben.

293 Deutschland wird regionale Abmachungen zu massenvernichtungswaffenfreien Zonen  
294 unterstützen. Mit einem gemeinsamen EU-Standpunkt wollen wir zum Gelingen der  
295 bevorstehenden Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im Jahr 2015  
296 beitragen.

297 Der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien hat deutlich gemacht, dass es weiterer  
298 Anstrengungen bedarf, um die globale Gültigkeit des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ)  
299 mit neuen Initiativen voranzutreiben. Exporte dual-use-fähiger chemischer Substanzen und  
300 Anlagen in Nicht-CWÜ-Staaten müssen einer besonders strikten Kontrolle unterzogen  
301 werden.

302 Die Koalition steht uneingeschränkt zur Vereinbarung zur Überprüfung von  
303 Abrüstungsmaßnahmen und Vertrauensbildung (Open Sky) und setzt sich dafür ein, dass die  
304 vollständige Implementierung des Vertrags langfristig durch ausreichend für die  
305 Vertragsstaaten verfügbare Beobachtungsplattformen gesichert wird. Um dieses Ziel zu  
306 unterstützen, wollen wir eine deutsche Open Skies-Fähigkeit schaffen.

### 307 **Mit Partnern und im Dialog weltweit**

308 In einer zunehmend verflochtenen Welt wachsen die Abhängigkeiten der Staaten  
309 untereinander. Wir erreichen deshalb unsere Ziele am besten im engen und  
310 vertrauensvollen Verbund mit unseren Partnern, allen voran den Vereinigten Staaten von  
311 Amerika, unseren Verbündeten in der Nordatlantischen Allianz und den Mitgliedern in der  
312 Europäischen Union. Wir wollen darüber hinaus künftig unser Engagement für Sicherheit  
313 und Frieden auch im außereuropäischen Raum durch strategische Partnerschaften  
314 konsequent fortentwickeln.

315 Deutschland wird im Jahr 2015 erneut die G8-Präsidentschaft übernehmen. Wir werden alle  
316 Anstrengungen unternehmen, den G8-Gipfel zu einem Erfolg zu führen. Wir werden darüber  
317 hinaus die Kooperation mit den Partnern der G20 engagiert fortsetzen, um gemeinsam ein  
318 global starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Fortschritte in allen Bereichen der  
319 G20-Agenda zu erreichen.

320 Wir werden das „Internationale Deutschlandforum“ fortsetzen.

### 321 **Außenwirtschaftspolitik und Rohstoffpartnerschaften (Abgabe an die AG Wirtschaft)**

322 *Die Förderung der deutschen Außenwirtschaft ist eine Kernaufgabe auch deutscher*  
323 *Außenpolitik. Sie unterstützt und fördert aktiv das Engagement deutscher Unternehmen im*  
324 *Ausland.*

325 *Außenwirtschaftspolitik leistet als präventive Außenpolitik einen Beitrag zur Verhinderung*  
326 *von Konflikten, die sich an der Knappheit vitaler Ressourcen entzünden. Wir setzen uns für*  
327 *eine offene Handelspolitik und gemeinsame Standards ein, die gleiche und faire Bedingungen*  
328 *für weltweites Wirtschaften schaffen.*

329 *Durch den klugen Einsatz vertrauensbildender Maßnahmen, vertraglicher Vereinbarungen,*  
330 *wirtschafts- und entwicklungspolitischer Instrumente sowie menschenrechtliche Prinzipien*  
331 *wollen wir Spannungen abbauen und so dazu beitragen, den Ausbruch von Konflikten zu*  
332 *verhindern.*

333 *Deutschland kann durch bilaterale Rohstoffpartnerschaften seine Ressourcen weiter*  
334 *diversifizieren und einen Beitrag zum Interessenausgleich zwischen rohstofffördernden und -*  
335 *importierenden Ländern leisten. Unser Interesse ist eine nachhaltige und beiden Seiten*  
336 *dienende Rohstoffpolitik. Das Instrument der Rohstoffpartnerschaft wollen wir ausbauen.*  
337 *Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern wollen wir das Wirtschaftsvölkerrecht*  
338 *stärken. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir einen*  
339 *verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit Rohstoffen fördern.*

340 *Die EU-Rohstofftransparenz-Richtlinie werden wir zügig in deutsches Recht umsetzen. Die EU-*  
341 *Initiative zur Transparenz von Rohstoffen aus Konfliktregionen werden wir Ziel führend*  
342 *begleiten.*

### 343 **Vereinte Nationen**

344 Den Vereinten Nationen kommt weiterhin eine Schlüsselrolle für die Wahrung des Friedens  
345 und zur Bewältigung von globalen Herausforderungen zu. Mit neuen Initiativen, die wir mit  
346 unseren europäischen Partnern abstimmen, wollen wir unseren Beitrag zur Erneuerung und  
347 Weiterentwicklung der Strukturen der Vereinten Nationen leisten, einschließlich einer  
348 Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates. Deutschland bleibt bereit, mehr  
349 Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch mit der Übernahme  
350 eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. In der Perspektive streben wir weiterhin einen  
351 ständigen Sitz für die Europäische Union an.

352 Zur Erfüllung ihrer friedenswahrenden Aufgaben benötigen die Vereinten Nationen eine  
353 angemessene Ausstattung für ihre Friedensmissionen (Peacekeeping) und der politischen  
354 Missionen der Weltorganisation, damit effektive multilaterale Friedenspolitik betrieben  
355 werden kann.

356 Zur Besetzung von Führungspositionen in den Vereinten Nationen streben wir ein effektives  
357 Personalkonzept an. Dafür werden wir auch die ressortübergreifende Koordinierung der VN-  
358 Politik aufwerten. Wir werden den VN-Standort Bonn stärken.



359 Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts muss dazu beitragen, dass die Vereinten Nationen  
360 einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten  
361 leisten. Das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) bedarf der  
362 weiteren Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Implementierung. Dabei gilt  
363 es vor allem die präventive Säule der Schutzverantwortung international zu stärken.

364 Die Bundesregierung erkennt die Schlüsselrolle von Frauen sowohl bei der Prävention als  
365 auch bei der Regelung von Konflikten an. Sie wird den Nationalen Aktionsplan zur VN-  
366 Resolution 1325 in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft schrittweise umsetzen.

### 367 **Außen- und Sicherheitspolitik ressortgemeinsam gestalten**

368 Die Koalition bekennt sich zur Stärkung einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit im  
369 Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg sich zivile und  
370 militärische Instrumente ergänzen müssen. In der Außen- und Sicherheitspolitik denken und  
371 handeln wir vernetzt. Im Konzept von Krisenfrüherkennung, Krisenprävention,  
372 Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung ist die Entwicklungszusammenarbeit  
373 integraler Bestandteil. Eine besondere Bedeutung kommt der zivilen Krisenprävention zu,  
374 deren Strukturen wir stärken und weiterentwickeln werden. Die bestehenden deutschen  
375 Institutionen der Friedensförderung und Friedensforschung wie das Zentrum für  
376 Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst, die Bundesakademie für  
377 Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung haben sich bewährt und  
378 sollen daher gestärkt werden.

379 Geeignete zivile Instrumente und schnell einsetzbare Kräfte sind neben modernen und  
380 leistungsfähigen Streitkräften erforderlich. Wir werden durch gezielte Maßnahmen deutsche  
381 Beamte, Richter und Staatsanwälte ermutigen, an Auslandseinsätzen teilzunehmen. Wir  
382 wollen die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz  
383 von Polizistinnen und Polizisten in Friedensmissionen verbessern. Hierzu wird die  
384 Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode mit den Bundesländern eine umfassende  
385 Bund-Länder-Vereinbarung verhandeln, die der gemeinsamen Verantwortung gerecht wird.

386 Unseren Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Entwicklungs- und Aufbauhelfern gebühren unser  
387 Dank und unsere Anerkennung. Ihnen gilt unsere besondere Fürsorge.

### 388 **Naher Osten / Arabische Welt**

389 Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als  
390 jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht und die  
391 Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. Deutschland und Europa haben ein hohes  
392 Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist eine  
393 Zweistaaten-Lösung mit einem Staat Israel in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen  
394 sowie einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat, die  
395 Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.

396 Die Transformationsprozesse in den Staaten des Maghreb und der arabischen Welt sind bei  
397 Weitem noch nicht abgeschlossen. Die Entwicklungen in Ägypten und Tunesien zeigen, dass  
398 noch eine lange Wegstrecke zu bewältigen ist. Umso dringlicher ist es, dass wir die  
399 Transformationsprozesse derjenigen arabischen Staaten unterstützen, in denen sich eine  
400 positive Entwicklung zur Demokratie und zum gesellschaftlichen Pluralismus abzeichnet. Die  
401 begonnenen Transformationspartnerschaften wollen wir fortführen. Der Umgang mit der  
402 jeweiligen Opposition, die Gewährung elementarer Grund- und Freiheitsrechte einschließlich  
403 des Rechts auf Religionsfreiheit sowie die Existenz einer freien Presse- und  
404 Medienlandschaft sind für uns ausschlaggebende Kriterien für die Unterstützung dieser

405 Staaten. Religiöse Minderheiten müssen ihren Glauben frei ausüben können und vor Gewalt  
406 geschützt werden. Wir suchen das Gespräch mit allen relevanten politischen Kräften in den  
407 Transformationsgesellschaften. Eine demokratisch verfasste, stabile und prosperierende  
408 europäische Nachbarschaft in Nordafrika und der arabischen Welt ist daher in unserem  
409 unmittelbaren Interesse. Wir erwarten, dass das Urteil gegen Mitarbeiter der Konrad-  
410 Adenauer-Stiftung und die mehrjährigen Haftstrafen rückgängig gemacht werden. Die  
411 deutsch-ägyptische Vereinbarung vom Januar 2013 hinsichtlich der freien Arbeit der  
412 politischen Stiftungen muss Gültigkeit haben.

413 Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Lage der Christen und anderer religiöser und  
414 ethnischer Minderheiten in Nordafrika, dem Nahen oder Mittleren Osten nach dem Sturz  
415 der autoritären Regime sich zum Schlechteren entwickelt. Auch deshalb werden wir die  
416 Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religionsfreiheit garantiert und  
417 umgesetzt wird, dort mit aller Kraft unterstützen. Christen müssen in dieser Region eine  
418 Zukunft haben.

419 Deutschland wird sich gemeinsam mit seinen Partnern aktiv an der Suche nach einer  
420 politischen Lösung des Syrienkonflikts beteiligen. Wir begrüßen die Verständigung im VN-  
421 Sicherheitsrat auf eine Resolution zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen und fordern  
422 den Sicherheitsrat auf, seiner Verantwortung bei der Überwindung des syrischen  
423 Bürgerkriegs gerecht zu werden. Die Bemühungen um eine dauerhafte Lösung des Konfliktes  
424 unter Einbeziehung der Konfliktparteien und aller relevanten regionalen Akteure werden wir  
425 mit Nachdruck unterstützen. Gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft  
426 werden wir den Druck auf das Regime in Damaskus aufrecht erhalten, die gemachten  
427 Zusagen vollständig einzuhalten. Den wachsenden Einfluss islamistischer Kräfte betrachten  
428 wir mit Sorge. Deutschland wird weiter einen wichtigen Beitrag leisten, um das Leiden der  
429 syrischen Flüchtlinge und Vertriebenen in den Anrainerstaaten zu lindern und setzt sich für  
430 einen humanitären Zugang von Hilfsorganisationen innerhalb Syriens ein. Wir werden uns  
431 gemeinsam mit dem UNHCR gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten für eine gemeinsame  
432 europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einsetzen.

433 Wir fordern den Iran auf, alle Zweifel am ausschließlich friedlichen Charakter seines  
434 Atomprogramms auszuräumen. Ein nuklear bewaffneter Iran stellte eine Gefahr für die  
435 gesamte Region und darüber hinaus dar und würde den weltweiten Bemühungen um  
436 Abrüstung und Nonproliferation schweren Schaden zufügen. Um die Gefahr abzuwenden,  
437 dass der Iran die Fähigkeit hat, Nuklearwaffen herzustellen, unterstützen wir im Rahmen der  
438 E 3 plus 3 alle Anstrengungen für eine diplomatische Lösung des Irankonflikts. Dabei halten  
439 wir am „doppelten Ansatz“ fest. Die Politik der internationalen Gemeinschaft gegenüber  
440 dem Iran, die auf Kooperationsangebote und gezielte Sanktionen setzt, hat zu Bewegung in  
441 den zuvor festgefahrenen Verhandlungen geführt. Die Chancen auf eine Verständigung  
442 zwischen der internationalen Gemeinschaft und dem Iran müssen genutzt werden. Unser  
443 Ziel ist die Rückgewinnung des Iran als vertrauensvoller Partner auf der internationalen  
444 Bühne.

#### 445 **Asien**

446 Wir wollen die Beziehungen mit den Staaten Asiens auf der Basis universeller Werte weiter  
447 intensivieren, gemeinsam für nachhaltiges Wachstum, materielles Wohlergehen dieser und  
448 zukünftiger Generationen und eine stabile, regelbasierte Weltordnung, die Menschen in  
449 Freiheit, Frieden und Sicherheit leben lässt, eintreten. Die Mitwirkung asiatischer Staaten ist  
450 auch bei der Bewältigung globaler Probleme wie Klimawandel, die Sicherung der Rohstoff-

451 und Energieversorgung und die Lösung regionaler Krisen und Konflikte auf einer  
452 partnerschaftlichen Grundlage unverzichtbar.

453 Wir wollen die stärkere Orientierung der amerikanischen Außenpolitik auf den asiatisch-  
454 pazifischen Raum auch als Chance nutzen, um mit einer abgestimmten europäischen  
455 Außenpolitik einen Beitrag dazu zu leisten, dass auch in dieser Region die Politik der  
456 Kooperation und des Interessenausgleichs Vorrang bekommt vor einer Politik der  
457 Konfrontation. Rüstungskontrolle und Abrüstung können einen Beitrag zur  
458 Vertrauensbildung leisten. Wir werden die Staaten der Region ermutigen, diesen Weg zu  
459 gehen.

460 Die Freundschaft mit Japan ist ein wichtiger Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deshalb  
461 ist es notwendig, dass Deutschland und Japan ihre seit Jahrzehnten bestehende enge  
462 Freundschaft und Wertegemeinschaft weiterentwickeln und pflegen. Wir begrüßen die  
463 laufenden Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der  
464 Europäischen Union und Japan.

465 China ist aufgrund einer Vielzahl gemeinsamer Interessen strategischer Partner  
466 Deutschlands und der EU. Wir werden unsere vielfältige politische und wirtschaftliche  
467 Zusammenarbeit auch im Rahmen unserer regelmäßigen Regierungskonsultationen weiter  
468 intensivieren. Wir setzen uns dafür ein, dass in China die in der Verfassung garantierten  
469 Rechte wie die Gewährleistung der universellen Menschenrechte für alle Bürger respektiert  
470 werden. Der Schutz des geistigen Eigentums und unsere Cyber-Sicherheit sollen gestärkt  
471 werden. China ist aufgefordert, im Rahmen der Vereinten Nationen einen Beitrag zur  
472 internationalen Konfliktlösung zu erbringen, der seiner wirtschaftlichen und politischen  
473 Bedeutung entspricht, und bilaterale Konflikte auf der Grundlage völkerrechtlicher Regeln zu  
474 lösen.

475 Unsere Beziehungen zu Indien haben ein beständiges Fundament. Die politische,  
476 wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit wollen wir ausbauen. Dem dienen  
477 auch unsere regelmäßigen Regierungskonsultationen. Indien ist unser strategischer Partner.  
478 Wir werden die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Indien als einem der  
479 wachstumsstärksten Märkte Asiens weiter vorantreiben. Wir unterstützen die  
480 Verhandlungen der EU mit Indien für ein Freihandelsabkommen.

481 Wir setzen uns dafür ein, die Zusammenarbeit mit ASEAN und den einzelnen ASEAN-  
482 Mitgliedstaaten weiter zu stärken und langfristig die EU-ASEAN Kooperation zu vertiefen.

483 Nach über 10 Jahren wird sich unser sicherheitspolitisches Engagement in Afghanistan  
484 verändern. Mit einem ressortübergreifenden Engagement streben wir eine gefestigte  
485 Zukunft Afghanistans an. Der Kampfeinsatz ISAF in Afghanistan ist bis Ende 2014  
486 abzuschließen und die militärische Handlungsfähigkeit zur Sicherung des Abzuges bis zu  
487 diesem Zeitpunkt zu erhalten. Die Menschen in Afghanistan und die internationale  
488 Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade  
489 auch mit Blick auf die zivile Hilfe, die Schwerpunkt unseres Afghanistan-Engagements wird.  
490 Dabei wollen wir auch den bestmöglichen Schutz unserer zivilen Kräfte erreichen.  
491 Afghanische Ortskräfte, die für uns in Afghanistan gearbeitet haben und deren Sicherheit  
492 und Leben nach Beendigung des Einsatzes bedroht sind, sollen zusammen mit ihren Familien  
493 in Deutschland eine Aufnahme angeboten bekommen.

494 Die Koalition steht zu einer angemessenen Beteiligung Deutschlands im Rahmen einer  
495 Beratungsmission unter NATO-Führung, für den Fall, dass die völkerrechtlichen  
496 Voraussetzungen und die Beteiligung unserer Partner sichergestellt sind. Wir wollen die auf

497 Ebene der NATO begonnene Auswertung des Afghanistan-Einsatzes („lessons learned“)  
498 konsequent fortführen.

#### 499 **Afrika**

500 Der wachsenden Bedeutung Afrikas und seiner zunehmenden Eigenverantwortung wollen  
501 wir verstärkt Rechnung tragen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausbauen. Die  
502 Beziehungen zu den Staaten Afrikas werden wir weiter intensivieren. Deutschland hat ein  
503 besonderes Interesse, dass die Staaten Afrikas regionale Probleme selbst lösen können.  
504 Deshalb werden wir die Bemühungen zur Stärkung sub- und interregionaler  
505 Zusammenarbeit unterstützen. Die Eigenanstrengungen Afrikas beim Ausbau der AU und  
506 ihrer Organe zu handlungsfähigen Institutionen, bei AU-Friedensmissionen, beim AU-  
507 Menschenrechtsgerichtshof und beim Panafrikanischen Parlament wollen wir stärker  
508 fördern. Zu den weiteren Prioritäten unseres Engagements gehören die Bekämpfung von  
509 Armut, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und eine Politik, die Stabilisierung und  
510 Wiederaufbau von schwachen oder gescheiterten Staaten in den Mittelpunkt stellt.

511 Wir setzen auf Kooperation und partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe, indem wir die  
512 Institutionen unserer afrikanischen Partnerländer stärken, den Privatsektor fördern und gute  
513 Regierungsführung verstärkt in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Ein besonderes  
514 Augenmerk werden wir auf die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern legen.  
515 Für eine bessere wirtschaftliche und soziale Entwicklung und für eine größere internationale  
516 Wettbewerbsfähigkeit Afrikas werden wir weiter an einer nachhaltigen Verbesserung der  
517 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen arbeiten und rechtliche und institutionelle Reformen  
518 für erfolgreiches privatwirtschaftliches Engagement unterstützen.

519 Die Bemühungen zur Schaffung einer Sicherheitsstruktur für den afrikanischen Kontinent  
520 werden wir weiter unterstützen und uns im Rahmen der Vereinten Nationen und der  
521 Europäischen Union an Friedensinitiativen beteiligen.

#### 522 **Lateinamerika**

523 Die starke Partnerschaft zwischen Deutschland, der EU und Lateinamerika basiert auf  
524 gewachsenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, die von  
525 gemeinsamen Werten und Interessen geprägt sind. Diese traditionellen Gemeinsamkeiten  
526 und Bindungen wollen wir vertiefen, um sie dauerhaft zu garantieren. Sie sind eine  
527 besondere Grundlage für eine erfolgreiche zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Unsere  
528 strategische Partnerschaft mit Brasilien wollen wir ausbauen.

529 Gemeinsam mit allen Staaten Lateinamerikas wollen wir Fortschritte bei den drängenden  
530 globalen Herausforderungen Friedenssicherung, Bekämpfung des internationalen  
531 Terrorismus, Armutsbekämpfung, Reform der Vereinten Nationen, Abrüstung, Umwelt- und  
532 Klimaschutz sowie bei der Gestaltung der globalen Finanzarchitektur erzielen. Ebenso wollen  
533 wir organisierte Kriminalität bekämpfen und auf eine effektivere Drogenbekämpfung  
534 hinwirken.

535 Wir wollen die Wirtschaftschancen zum beiderseitigen Vorteil nutzen und dafür die  
536 wirtschaftlichen Beziehungen weiter ausbauen und Investitionen und Handel fördern. Wir  
537 werden unseren Beitrag zur Stärkung der grenzüberschreitenden Vernetzung von  
538 Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur leisten. Dabei wollen wir uns insbesondere auf  
539 die Länder konzentrieren, die unsere Werte teilen.

540

541

542 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

543 Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bleibt die dritte Säule der deutschen  
544 Außenpolitik. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen für die Förderung des Dialoges der  
545 Kulturen und zur Krisenprävention im weiteren Sinn eingesetzt werden. Dabei geht es uns  
546 auch um die Vermittlung von Werten – um Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und  
547 Rechtsstaatlichkeit. Der kulturelle Austausch und deutsche Kultureinrichtungen wie das  
548 Deutsche Archäologische Institut, die Goethe-Institute, der DAAD, die Humboldt-Stiftung  
549 sowie die deutschen Auslandsschulen und Wissenschaftskooperationen übernehmen dabei  
550 wichtige Brückenfunktionen.

551 Mit unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wollen wir auf die Vielfalt der Kultur in  
552 den Ländern und Regionen Deutschlands hinweisen, das Interesse an unserem Land, unserer  
553 Geschichte und Kultur fördern und zum Lernen unserer Sprache ermuntern. Wir wollen ein  
554 positives und wirklichkeitsgetreues Bild unseres Landes im Ausland vermitteln und für den  
555 Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland werben. Wir werden die  
556 internationalen Bildungsk Kooperationen im schulischen und universitären Bereich ausbauen,  
557 die erfolgreichen Stipendienprogramme stärken und dem im Ausland gestiegenen Interesse  
558 am dualen Ausbildungssystem Rechnung tragen, auch durch berufsbildende Angebote an  
559 den deutschen Auslandsschulen, die weiterhin gemeinwohlorientiert arbeiten. Dies soll auch  
560 bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor Ort unterstützen. Die deutschen  
561 Auslandsschulen fördern als kulturelle Zentren die interkulturelle Kompetenz und leisten  
562 einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der schulischen Bildung und damit zur Entwicklung  
563 im Gastland insgesamt.

564 Wir unterstützen Deutsch als internationale Wissenschaftssprache. Die deutsche Sprache ist  
565 gleichberechtigte Arbeitssprache in der Europäischen Union. Auf die Durchsetzung dieses  
566 Status legen wir großen Wert.

567 Die innereuropäischen sowie transatlantischen Beziehungen nehmen in unserer Auswärtigen  
568 Kultur- und Bildungspolitik eine besondere Rolle ein. Wir wollen die europäische Identität  
569 stärken und somit zur weiteren innereuropäischen Integration einen Beitrag leisten. Die  
570 transatlantischen Beziehungen wollen wir durch einen verstärkten Kultur- und  
571 Wissensaustausch vertiefen. Dazu soll auch das in New York angesiedelte German American  
572 Forum (GAF) mit der German American Academy (GAA) dienen. Das GAF soll in Abstimmung  
573 mit den Aktivitäten des Goethe-Instituts zum zentralen Bestandteil der notwendigen  
574 Intensivierung des transatlantischen Dialogs zwischen Politik, Wirtschaft, Finanzen, Kultur,  
575 Medien und den politischen Stiftungen werden.

576 Dem Dialog mit der islamischen Welt messen wir in unserer Auswärtigen Kultur- und  
577 Bildungspolitik eine besondere Bedeutung zu. Dabei ist es in unserem Interesse, die  
578 moderaten Kräfte in ihrem Streben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu  
579 unterstützen. Im Rahmen des interreligiösen Dialogs treten wir für die weltweite Achtung  
580 der Toleranz und des Anspruchs auf freie Religionsausübung gegenüber jeweils anderen  
581 Religionsgemeinschaften ein. Wir nehmen das Reformationsjubiläum 2017 als wichtiges  
582 Datum der auswärtigen Kulturpolitik unter Einbeziehung der christlichen Kirchen. Das  
583 entschiedene Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus ist ein Kennzeichen auch  
584 unserer Außenpolitik.

585 Die Deutsche Welle als Stimme Deutschlands in der Welt wollen wir nachhaltig stärken.  
586 Dafür wollen wir die Kooperationen mit ARD, ZDF und Deutschlandradio ausbauen.

587

## 588 **Politische Stiftungen**

589 Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen Dialog  
590 und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen die  
591 internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstützen und rechtlich  
592 sichern. Dabei wollen wir neue regionale Schwerpunkte durch die Bereitstellung  
593 entsprechender Ressourcen stärken.

## 594 **Verteidigung**

595 Wir bekennen uns zu einer starken Verteidigung mit modernen und leistungsfähigen  
596 Streitkräften. Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie  
597 bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürgers in  
598 Uniform prägt auch weiterhin den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der  
599 Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit. Die Soldatinnen und Soldaten sowie die  
600 Zivilbeschäftigten der Bundeswehr leisten einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit unseres  
601 Landes und unserer Bürger.

## 602 **Neuaustrichtung der Bundeswehr**

603 Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Mit ihrer Neuaustrichtung wird sie auf die  
604 veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet.

605 Wir werden die Neuaustrichtung der Bundeswehr konsequent fortsetzen und zum Erfolg  
606 führen. Ihre Umsetzung ist mit erheblichen Anpassungsprozessen für die gesamte  
607 Bundeswehr verbunden. Die Angehörigen der Bundeswehr und ihre Familien brauchen  
608 Berechenbarkeit und Planungssicherheit. Die bestehende mittelfristige Finanzplanung bildet  
609 dafür die Grundlage.

610 An den getroffenen Entscheidungen halten wir besonders im Sinne der Planungssicherheit  
611 für die Soldaten und Mitarbeiter grundsätzlich fest. Wo sich im Rahmen der bis spätestens  
612 Ende 2014 laufenden Evaluierung der Neuaustrichtung Änderungsbedarf ergibt, werden wir  
613 entsprechend nachsteuern. Auch bei der Umsetzung der nächsten Schritte der  
614 Neuaustrichtung werden wir streng auf Wirtschaftlichkeit, Funktionalität, Attraktivität und  
615 Präsenz in der Fläche achten.

616 Der festgelegte militärische Personalumfang von bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten  
617 entspricht dem Bedarf einer leistungsfähigen aufgaben- und einsatzorientierten Bundeswehr  
618 und der Rolle Deutschlands im Vergleich zu unseren europäischen Partnern. Den Bereich der  
619 Zivilbeschäftigten wollen wir aufgabenbezogen evaluieren. Eine weitere Reduzierung des  
620 Personalumfangs der Bundeswehr ist keine Perspektive.

## 621 **Attraktivität**

622 Die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr hängt ganz wesentlich von den Menschen ab, die in  
623 ihr dienen. Nur hoch motiviertes Personal ist bereit, diesen umfassenden Prozess  
624 mitzugehen. Umso wichtiger ist es, dass der Dienst in der Bundeswehr attraktiv bleibt. Dafür  
625 kommt es vor allem auf ein modernes Arbeitsumfeld, Aufstiegschancen, verbesserte  
626 Durchlässigkeit der Laufbahnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an.

627 Mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels ist eine weitere  
628 Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für alle Beschäftigten eine  
629 langfristige Aufgabe. Wir werden eine Attraktivitätsoffensive voranbringen: Wir setzen uns  
630 für mehr Familienfreundlichkeit ein, insbesondere für den Aufbau der Kinderbetreuung, bei  
631 Bedarf in Absprache mit den Kommunen. Mit Blick auf die hohen Pendlerzahlen streben wir

632 eine möglichst heimatnahe Verwendung insbesondere der Soldatinnen und Soldaten an.  
633 Darüber hinaus werden wir die Wahlmöglichkeit zwischen der Gewährung von  
634 Trennungsgeld und Zusage der Umzugskostenvergütung dauerhaft schaffen. Um junge  
635 Menschen für die Bundeswehr zu gewinnen, werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung  
636 weiter stärken.

637 Durch die Neuausrichtung sind Dienststellen, in denen militärisches und ziviles Personal  
638 gemeinsam arbeiten, die Regel. Das Soldatenbeteiligungsgesetz werden wir entsprechend  
639 anpassen.

640 Wir streben Regelungen an, die die Besonderheiten des Soldatenberufes und die  
641 Sicherstellung der Einsatzbereitschaft mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in  
642 Einklang bringen.

643 Zeitsoldaten dürfen aufgrund ihrer Tätigkeit für die Bundeswehr nach dem Ausscheiden aus  
644 dem aktiven Dienst hinsichtlich ihrer sozialen Absicherungen keine Nachteile erfahren. Die  
645 Koalition wird deshalb das Thema des Umgangs mit den erworbenen  
646 Versorgungsansprüchen im Hinblick auf die Nachversicherung für Soldaten angehen.

647 Die Koalition wird die geltenden Beschränkungen des Hinzuverdienstes für ausgeschiedene  
648 Soldaten bei späteren Verwendungen in der Wirtschaft aufheben, um dieses wertvolle  
649 Potential an Lebens- und Berufserfahrung zu nutzen.

#### 650 **Die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft**

651 Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu  
652 erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherzustellen.  
653 Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr in der  
654 demokratischen Gesellschaft.

655 Die Koalition unterstützt den fortgesetzten Dialog der Bundeswehr in und mit der  
656 Gesellschaft. Dieser Austausch ermöglicht, dass der Auftrag der Bundeswehr auf einem  
657 breiten gesellschaftlichen Fundament ruht und die aus den Auslandseinsätzen folgenden  
658 Belastungen, insbesondere in der Verantwortung für unsere Veteranen, gemeinsam  
659 getragen werden. Dies schließt die Fürsorge für Verwundete und Versehrte ebenso ein wie  
660 eine würdige Gestaltung der Erinnerung an unsere Gefallenen und Toten.

661 Der Dialog der Bundeswehr mit der Gesellschaft soll insbesondere mit jungen Menschen  
662 geführt werden. Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über  
663 den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen  
664 von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen,  
665 Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.

666 Der neue Freiwillige Wehrdienst hat sich bewährt. Der Einsatz der Freiwillig  
667 Wehrdienstleistenden in den Streitkräften trägt wesentlich zur Stärkung unserer  
668 Bürgergesellschaft bei. Die gegenwärtig möglichen Verpflichtungszeiten des Freiwilligen  
669 Wehrdienstes werden überprüft und gegebenenfalls angepasst.

670 Die Koalition erkennt den Wert der Reserve für die Auftragserfüllung der Bundeswehr und  
671 als Bindeglied und Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft an. Die Regionalen  
672 Sicherungs- und Unterstützungskräfte werden für ihre Aufgaben im Bereich der zivil-  
673 militärischen Zusammenarbeit angemessen ausgestattet. Zur Steigerung der Attraktivität des  
674 Reservistendienstes prüfen wir die Anpassung und Vereinfachung der Vergütung wie der  
675 rentenrechtlichen Absicherung. Wir werden die Vereinbarkeit von Reservistendienst und

676 zivilberuflichem Fortkommen gezielt fördern. Dem öffentlichen Dienst kommt hierbei eine  
677 Vorbildfunktion zu.

### 678 **Auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet sein**

679 Die Erfahrungen der Einsätze sind eine Richtschnur für die Neuausrichtung der Bundeswehr.  
680 Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites  
681 militärisches Fähigkeitsspektrum voraus. Wir setzen uns, so weit sinnvoll und möglich, für  
682 eine gemeinsame Nutzung nationaler militärischer Kapazitäten im Rahmen der EU (pooling  
683 and sharing) ebenso ein wie für eine stärkere Aufgabenteilung. Das gilt auch für die  
684 entsprechenden Aktivitäten der NATO (smart defence). Der Ansatz hierzu könnte die  
685 Anlehnungspartnerschaft bzw. das Konzept der Rahmennation, bei der sich Staaten zu  
686 Gruppen wechselseitiger Unterstützung zusammenfinden. Gemeinsam mit unseren  
687 Bündnispartnern wollen wir zu schwach ausgebildete Fähigkeiten stärken und die  
688 Durchhaltefähigkeit erhöhen. Wir wollen die im Lissabon-Vertrag vorgesehene Möglichkeit  
689 einer Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit aktivieren. Wir streben einen immer  
690 engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch  
691 kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann. Dies eröffnet große Chancen  
692 zum effizienteren Einsatz der begrenzten Ressourcen für europäische Sicherheitspolitik und  
693 könnte auch Möglichkeiten für konventionelle Abrüstung in Europa eröffnen.

694 Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft Parlamentsarmee. Die parlamentarische Beteiligung  
695 an der Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr hat sich bewährt. Sie ist eine  
696 Grundlage für die breite Verankerung der Bundeswehr und ihrer Einsätze in der Gesellschaft.  
697 Der Parlamentsvorbehalt ist keine Schwäche Deutschlands, sondern eine Stärke. Wir wollen  
698 die Beteiligung des Parlaments an der Entscheidung über den Einsatz deutscher Soldaten  
699 auch angesichts vermehrter Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit unseren Partnern  
700 sicherstellen. Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen  
701 und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein.  
702 Deshalb wollen wir eine Kommission einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie auf dem  
703 Weg fortschreitender Bündnisintegration und trotz Diversifizierung von Aufgaben die  
704 Parlamentsrechte gesichert werden können und die, darauf basierend, Handlungsoptionen  
705 formuliert.

706 Eine Voraussetzung für die Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit in der EU und in  
707 der NATO sind einheitliche Standards bei Zertifizierung und Zulassung militärischer Geräte.  
708 Dies gilt in besonderer Weise für die militärische Luftfahrt. Die von der Koalition getragene  
709 Bundesregierung wird den begonnenen Prozess zur europaweiten Harmonisierung,  
710 mindestens aber Anerkennung der Verfahren zur Erteilung und Erhaltung der Zulassungen  
711 für militärische Ausrüstungsgegenstände weiterhin aktiv mit gestalten und setzt sich deshalb  
712 mit Nachdruck für die nationale Implementierung europäischer Standards ein. Deutschland  
713 wird hier mit gutem Beispiel vorangehen: Vom Frühjahr 2014 an wird eine einheitliche  
714 militärische Luftfahrtbehörde aufgebaut.

715 Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sind immer mit einer hohen Gefährdung  
716 unserer Spezialkräfte verbunden und unterliegen der Geheimhaltung. Wir werden die  
717 Unterrichtung des Parlaments über KSK-Einsätze in der bewährten Form sicherstellen.

### 718 **Ausrüstung, Beschaffung und Nutzung**

719 Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung. Dabei steht ihre  
720 Sicherheit im Mittelpunkt. Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht und nicht, was ihr  
721 angeboten wird. Der Staat kann erwarten, dass bestellte militärische Ausrüstungsgüter



722 vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung der verabredeten Preise und Qualität  
723 geliefert werden. Die Vertragsbeziehungen mit der Industrie müssen klar und deutlich sein.  
724 Die jüngsten Erfahrungen mit Großgeräten zeigen, dass Projektbegleitung und Controlling  
725 auf allen Ebenen verbessert werden müssen. Die mit der Neuausrichtung begonnene  
726 Neustrukturierung des Beschaffungsprozesses muss konsequent umgesetzt werden. Die  
727 Information des Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags  
728 über den jeweiligen Sachstand bei der Entwicklung und Beschaffung von Gerät und Material  
729 wird verbessert.

730 Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und  
731 wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Der Erhalt eigener  
732 industrieller Fähigkeiten sichert nationale Souveränität, schließt militärische  
733 Fähigkeitslücken und stärkt die Kooperationsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund setzen wir  
734 uns für den Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten,  
735 insbesondere auch bei mittelständischen Unternehmen, ein. Dazu müssen Forschung und  
736 Entwicklung gestärkt werden.

737 Wir setzen auf eine verstärkte europäische und euroatlantische Rüstungskooperation, die  
738 konkrete gemeinsame Ausrüstungs- und Beschaffungsvorhaben nach den gleichen Standards  
739 für alle Nationen umsetzt. Hierbei spielt die Europäische Verteidigungsagentur eine  
740 Schlüsselrolle.

741 Unbemannte Luftfahrzeuge spielen bereits heute beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan  
742 bei der Aufklärung und dem Schutz unserer Soldaten eine wichtige Rolle. Auch künftig wird  
743 die Bundeswehr auf derartige Fähigkeiten angewiesen sein. Die Koalition wird eine  
744 europäische Entwicklung für unbemannte Luftfahrzeuge voranbringen. Europa braucht  
745 schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre Zulassung und Teilnahme am europäischen  
746 Luftverkehr. Die Koalition wird die entsprechenden Initiativen hierzu weiterführen.

747 Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch  
748 ab. Deutschland wird für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in  
749 internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten und sich für eine  
750 völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen, die dem Menschen  
751 die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen.

752 Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme werden wir  
753 alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen,  
754 sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen. Dies gilt insbesondere für  
755 neue Generationen von unbemannten Luftfahrzeugen, die über Aufklärung hinaus auch  
756 weitere Kampffähigkeiten haben.

#### 757 **Staatliches Gewaltmonopol schützen**

758 Die in internationalen Auslandseinsätzen vermehrt zu beobachtende Auslagerung von  
759 militärischen Aufgaben auf private Unternehmen kommt für uns nicht in Frage. Der  
760 Bundestag erteilt der Bundeswehr das Mandat für Auslandseinsätze, einschließlich der  
761 Anwendung von militärischen Mitteln im Bedarfsfall. Militärische Aufgaben dürfen nicht auf  
762 private Unternehmen übertragen werden.

763 Die Bundesregierung wird sich in der OSZE dafür einsetzen, dass im Rahmen des OSZE-  
764 Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit private militärische  
765 Sicherheitsfirmen in die nationale Berichterstattung einbezogen werden.

766

767 **Rüstungsexporte (Abgabe an die AG Wirtschaft)**

768 *Bei Rüstungsexportentscheidungen in sogenannte Drittstaaten gelten die im Jahr 2000*  
769 *beschlossenen strengen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und*  
770 *sonstigen Rüstungsgütern“, die für unser Regierungshandeln verbindlich sind.*

771 *Über ihre abschließenden Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat wird die*  
772 *Bundesregierung den Deutschen Bundestag unverzüglich unterrichten. Die Entscheidung*  
773 *darüber, wem gegenüber die Unterrichtung erfolgt, liegt beim Deutschen Bundestag.*  
774 *Darüber hinaus werden wir die Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit durch*  
775 *Vorlage des jährlichen Rüstungsexportberichtes noch vor der Sommerpause des Folgejahres*  
776 *und eines zusätzlichen Zwischenberichts verbessern.*

777 *Wir setzen uns für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein.*  
778 *Europäische Harmonisierungen müssen so umgesetzt werden, dass sie die*  
779 *Mindestanforderungen des Gemeinsamen Standpunkts der EU aus dem Jahr 2008 nicht*  
780 *unterschreiten.*

781 **Menschenrechte und Humanitäre Hilfe**

782 **Unser Einsatz für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten**

783 Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig. Wir setzen uns für den Schutz und die  
784 Förderung der Menschenrechte ein, sowohl innerstaatlich als auch in den auswärtigen  
785 Beziehungen. Unser Ziel ist eine menschenrechtlich konsequente und kohärente Politik. Die  
786 Basis bilden das Grundgesetz, die europäischen und internationalen  
787 Menschenrechtskonventionen sowie das humanitäre Völkerrecht. Wir unterstützen die neue  
788 Strategie der EU-Menschenrechtspolitik.

789 Die Achtung der Würde und Rechte jedes einzelnen Menschen ist Fundament für die  
790 demokratische, freiheitliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung eines jeden  
791 Landes. Menschenrechtsverletzungen sind Verbrechen und müssen geahndet werden. Sie  
792 verletzen nicht nur die Würde der jeweils Betroffenen, sondern sie können auch den  
793 Frieden und die internationale Sicherheit bedrohen.

794 Wir engagieren uns weiterhin konsequent für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe  
795 sowie für das Verbot von Folter. Gemeinsam mit den Ländern unterstützen wir die Arbeit  
796 der Nationalen Anti-Folter-Stelle.

797 Die Menschenrechte von Frauen und Kindern sind besonders gefährdet. Wir bekämpfen alle  
798 Formen von Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprostitution und -  
799 verheiratung, Genitalverstümmelung, Anschläge im Namen der „Ehre“ sowie andere  
800 menschenverachtende Praktiken. Wir setzen auf verstärkte internationale Zusammenarbeit,  
801 mehr noch auf gezielte Ursachenbekämpfung in den jeweiligen Regionen und Ländern.

802 Die Chancen von Kindern auf ein Leben in Würde wollen wir verbessern. Kinder brauchen  
803 Nahrung, Bildung und medizinische Versorgung. Wir unterstützen alle Bemühungen, dass sie  
804 nicht als Arbeits- und Sexsklaven oder als Soldaten missbraucht werden.

805 Wir treten für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht ein. Dies gilt auch für das  
806 Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Die Solidarität mit benachteiligten und  
807 unterdrückten religiösen Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. In vielen Ländern  
808 der Welt werden besonders Christen wegen ihres Glaubens bedrängt, verfolgt und  
809 vertrieben. Religiöse Konflikte vermischen sich oftmals mit sozialen und wirtschaftlichen  
810 Spannungen.

811 Wir treten international für Presse- und Meinungsfreiheit als wesentliches Fundament einer  
812 freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein. Wir stützen und schützen mutige  
813 Menschenrechtsverteidiger und fördern zivilgesellschaftliche Kräfte, die unsere Hilfe  
814 brauchen.

815 Weltweit werden viele Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer  
816 Geschlechtsidentität diskriminiert. Wir verurteilen homophobe Tendenzen und fördern  
817 tolerante lebendige Zivilgesellschaften.

818 Wir setzen uns bei den Vereinten Nationen für die weltweite Ächtung von Vertreibung sowie  
819 für die Erweiterung des Weltflüchtlingstages um das Gedenken an die Opfer von  
820 Vertreibungen ein. Die Mehrheit der Flüchtlinge auf der Welt sind Vertriebene innerhalb der  
821 Grenzen ihres Landes. Deshalb fördern wir die Verbreitung und Umsetzung der UN-Leitlinien  
822 für Binnenflüchtlinge, damit auch diese Menschen Schutz und humanitäre Hilfe erhalten.

823 Wir setzen uns für einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes und für die  
824 Stärkung seiner Instrumente bei den Vereinten Nationen ein. Wir wollen, dass der VN-  
825 Menschenrechtsrat weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen vorgeht. Für  
826 die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH), der Ad-Hoc-Tribunale der  
827 Vereinten Nationen sowie der Hybrid-Tribunale und deren Unterstützung durch die  
828 Staatengemeinschaft machen wir uns stark. Wir unterstützen die Funktion des IStGH als  
829 unabhängiges Organ der Weltstrafjustiz in Fällen, die der Sicherheitsrat der Vereinten  
830 Nationen an den IStGH verweist. Bestrebungen, den Europäischen Gerichtshof für  
831 Menschenrechte zu schwächen, treten wir entschlossen entgegen.

832 Die Bundesregierung wird sich aktiv an der Weiterentwicklung der humanitären Völkerrechts  
833 beteiligen.

834 Wir werden darauf dringen, dass transnationale Unternehmen soziale, ökologische und  
835 menschenrechtliche Standards einhalten. Die ILO-Erklärung über multinationale  
836 Unternehmen und Sozialpolitik, die OECD-Leitsätze und die UN-Leitprinzipien über  
837 Wirtschaft und Menschenrechte stecken hierfür den Rahmen ab. Wir werden die UN-  
838 Leitprinzipien auf nationaler Ebene umsetzen.

839 Die Bundesregierung fördert institutionell das Institut zur Umsetzung der Nürnberger  
840 Prinzipien im Völkerstrafrecht in Nürnberg als einer Einrichtung zum globalen Monitoring  
841 von völkerrechtlichen Verbrechen, zur Förderung des internationalen Dialogs und auch der  
842 Juristenausbildung im Rahmen der Strafgerichtsbarkeit der Vereinten Nationen.

843 Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat sich zu einem wichtigen  
844 menschenrechtspolitischen Forum für den Austausch zwischen staatlichen und  
845 nichtstaatlichen Stellen entwickelt. Es soll eine stabile Grundlage auf der Basis der „Pariser  
846 Prinzipien“ erhalten.

#### 847 **Humanitäre Hilfe**

848 Humanitäre Hilfe unterstützt Menschen, die durch Naturkatastrophen, oder Konflikte in  
849 akute Not geraten sind. Neben der multilateralen und bilateralen Zusammenarbeit leisten  
850 die deutschen Hilfsorganisationen seit Jahrzehnten im Rahmen der Humanitären Hilfe  
851 großartige Arbeit. Wir werden der Humanitären Hilfe gemäß ihrer größer gewordenen  
852 Bedeutung ein höheres Gewicht einräumen.

853 Wir werden die internationalen humanitären Prinzipien stärken, u.a. durch die Umsetzung  
854 des „Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe“. Wir werden uns auf EU-Ebene dafür  
855 einsetzen, dass die für Humanitäre Hilfe zuständigen Organisationen unabhängig bleiben.

856 Wir wollen unsere Humanitäre Hilfe an der Bedürftigkeit ausrichten und uns auch um die  
857 Menschen in den Krisengebieten kümmern, die aus dem öffentlichen Blickfeld geraten sind.

858 Wir werden zur Prävention von Naturkatastrophen starkes Gewicht auf Frühwarnsysteme,  
859 Katastrophenvorsorge und Reduzierung von Katastrophenrisiken legen und uns für die  
860 Entwicklung internationaler Instrumente bei dem zunehmend wichtigen Thema der  
861 Klimaflüchtlinge engagieren.

862 Wir werden uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern innerhalb der EU und in  
863 internationalen Gremien dafür einsetzen, die Humanitäre Hilfe effizienter und effektiver zu  
864 gestalten. Dabei unterstützen wir die zentrale koordinierende Rolle der Vereinten Nationen  
865 im internationalen System der Humanitären Hilfe und im Rahmen der VN-Reform  
866 geschaffene Strukturen und Mechanismen. Die Einbeziehung der  
867 Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Humanitären Hilfe und örtlicher Partner ist  
868 uns dabei wichtig.

## 869 Entwicklungspolitik

### 870 **Grundlagen und Ziele für wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung**

871 Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, auf der Grundlage unserer Werte und Interessen  
872 weltweit Hunger und Armut zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu  
873 stärken. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und Sicherheit, die Achtung und  
874 Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte sowie die Bewahrung der  
875 Schöpfung. Wir fördern den Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichteten  
876 Marktwirtschaft, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Unsere  
877 Entwicklungspolitik leistet Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützt die eigenen  
878 Entwicklungsanstrengungen der Regierungen und der Menschen vor Ort. Wir verstehen  
879 Entwicklungspolitik auch als globale Strukturpolitik und wollen die Globalisierung nachhaltig  
880 und gerecht für alle Menschen gestalten. Entwicklungspolitik hat präventiven Charakter und  
881 ist damit auch vorausschauende Friedenspolitik.

882 Wir richten uns an den Millenniumszielen und an deren Weiterentwicklung im Rahmen der  
883 Post-2015-Entwicklungsagenda aus.

### 884 **Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung**

885 Wir setzen uns ein für den Schutz globaler öffentlicher Güter und für gerechte  
886 Welthandelsbedingungen. Deshalb streben wir insbesondere einen entwicklungsorientierten  
887 Abschluss der WTO-Welthandelsrunde und einen fairen Interessenausgleich mit den  
888 Entwicklungsländern an. Das muss auch für den weltweiten Agrarhandel gelten.

889 Wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern. Wir setzen uns  
890 für verbindlich festgeschriebene, international anerkannte menschenrechtliche, ökologische  
891 und soziale Mindeststandards wie der ILO-Kernarbeitsnormen ein. Wir setzen uns deshalb  
892 für die Aufnahme dieser Standards in allen Handelsabkommen der EU ein.

893 Wir streben für die Zeit nach 2015 Nachhaltigkeitsziele (SDG) an, die auf breitenwirksames,  
894 inklusives, ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wachstum ausgelegt sind. Wir  
895 wollen eine aktive Rolle dabei spielen, dass die Weiterentwicklung der Millenniumsziele zu  
896 universellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen führt.

897 Entwicklungspolitik soll prominent auf den Tagesordnungen der G8- und G20-Gipfel  
898 behandelt werden. Wir werden dafür sorgen, dass entwicklungspolitische Gipfel-Zusagen in  
899 Zukunft schneller umgesetzt werden können.

## 900 **Europäische und internationale Entwicklungspolitik und –zusammenarbeit**

901 Wir wollen ein eigenständiges Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
902 Entwicklung, das seiner politischen Steuerungsfunktion gerecht werden kann. Die  
903 Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir im Sinne des  
904 Effizienzgedankens weiter verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen GIZ und KfW soll  
905 intensiviert werden. Die entwicklungsorientierte ressortübergreifende Zusammenarbeit  
906 wollen wir verbessern.

907 Wir wollen die bilaterale und die europäische Entwicklungspolitik besser aufeinander  
908 abstimmen, auch um die europäische Sichtbarkeit in der internationalen Entwicklungspolitik  
909 weiter zu erhöhen und die internationale entwicklungspolitische Agenda mitzuprägen.  
910 Dieses Ziel verfolgen wir auch durch einen höheren deutschen Personalanteil in den  
911 internationalen Organisationen.

912 Unsere Beiträge an multilaterale Entwicklungsorganisationen richten wir an deren  
913 Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit aus, die wir bewerten wollen. In diesem Sinne werden  
914 wir die bilateralen und multilateralen Instrumente entsprechend ihrer komparativen Vorteile  
915 flexibel einsetzen, um den deutschen Beitrag möglichst effizient und wirksam zu gestalten.

916 Wo die Rahmenbedingungen wie eine effektive und transparente Kontrolle der  
917 Mittelverwendung sichergestellt sind, kann Budgethilfe ein Instrument zur Steigerung der  
918 Eigenverantwortung sein.

## 919 **Nachhaltige Finanzierung**

920 Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche  
921 Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem Ziel durch  
922 jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des  
923 Bundeshaushalts annähern. [Finanzierungsvorbehalt: Wir wollen Deutschland auf einen  
924 konkreten, realistischen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen und streben an, diese  
925 Zielmarke mittelfristig durch jährliche Steigerungen der Mittel für  
926 Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von zusätzlich je einer Milliarde Euro zu erreichen.  
927 Dafür wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente einschließlich neuer Formen zur  
928 Besteuerung der internationalen Finanzmärkte nutzen]. Deutschland wird für international  
929 gegebene Zusagen ein verlässlicher Partner in der Welt sein.

930 Wir werden mit internationalen Partnern und mit wissenschaftlicher Unterstützung  
931 Vorschläge für eine Weiterentwicklung des ODA-Konzepts entwickeln. Wir wollen eine  
932 zweckentsprechende Verwendung der ODA-Mittel sicherstellen.

933 Wir stehen zu den in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen. Die damit verbundenen  
934 Ausgaben sollen in fairer Weise zwischen den Ressorts verteilt werden.

## 935 **Thematische Schwerpunkte**

936 Im Rahmen der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Entwicklungszusammenarbeit fördern  
937 wir insbesondere die ländliche Entwicklung, um einen wichtigen Beitrag zur  
938 Ernährungssicherung und zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung zu leisten.  
939 Unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln treten wir entgegen und wollen die  
940 Freiwilligen Leitlinien der FAO zur verantwortungsvollen Landnutzung umsetzen.

941 Gesundheit bildet die Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Der Globale Fonds spielt  
942 hierbei eine wichtige Rolle, die sich in der Politik des Ministeriums widerspiegeln sollte. Zur  
943 besseren Absicherung gegen Lebensrisiken wollen wir beim Aufbau grundlegender sozialer

944 Sicherungssysteme helfen. Dazu gehört auch der Aufbau funktionierender und gerechter  
945 Steuersysteme.

946 Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Durchsetzung der Rechte  
947 von Mädchen und Frauen zu einer Querschnittsaufgabe deutscher  
948 Entwicklungszusammenarbeit machen. Fragen des Weltbevölkerungswachstums wollen wir  
949 mehr Aufmerksamkeit schenken.

950 Bildung ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wir wollen für Frauen und  
951 Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten  
952 schaffen. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen soll in der  
953 Entwicklungszusammenarbeit stärker verankert und systematischer ausgestaltet werden.

954 Ein Fokus soll auch auf die entwicklungsorientierte Nutzung Neuer Medien durch die  
955 Menschen in Entwicklungsländern gelegt werden.

956 Wir werden unseren Fokus auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie auf  
957 Maßnahmen des Klimaschutzes einschließlich einer effizienten und erneuerbaren  
958 Energieversorgung, des Schutzes der Wälder und der biologischen Vielfalt richten.  
959 Entwicklungsländer müssen bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen Folgen  
960 unterstützt werden.

961 Wir unterstützen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, der gewaltfreien  
962 Konfliktbearbeitung und der Post-Konfliktbewältigung.

### 963 **Regionale Schwerpunkte**

964 Um noch nicht erreichte Millenniumsziele und die Überwindung von Hunger und Armut zu  
965 erreichen, werden wir künftig unsere Anstrengungen in den ärmsten Ländern stärken.

966 In fragilen Staaten wollen wir einen besonderen Schwerpunkt setzen.

967 Zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen das Regierungshandeln  
968 systematisch im Widerspruch zu unseren Werten steht, soll nur erfolgen, wenn unsere  
969 Unterstützungsmaßnahmen zu Veränderung beitragen können, wenn dies aus humanitären  
970 Gründen geboten ist oder wenn es Frieden und Sicherheit dient.

971 Die bilaterale staatliche Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss deren höhere  
972 Leistungsfähigkeit und gewachsene internationale Verantwortung berücksichtigen. Von den  
973 Schwellenländern muss die eigenverantwortliche Verwirklichung der Menschenrechte auf  
974 Nahrung, Gesundheit und Bildung für die eigene Bevölkerung eingefordert werden. Wir  
975 konzentrieren uns auf den Schutz globaler öffentlicher Güter, die Suche nach  
976 rohstoffschonenden nachhaltigen Entwicklungspfaden sowie fallweise auch auf  
977 Dreiecks Kooperationen zugunsten armer Entwicklungsländer. Die Förderung der  
978 Zivilgesellschaft in diesen Ländern sowie der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit ist  
979 besonders wichtig.

980 Unsere Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Transformationsprozesse im südlichen  
981 und östlichen Mittelmeerraum sowie in den Mitgliedstaaten der Östlichen Partnerschaft.  
982 Diese Regionen müssen neben Subsahara-Afrika ein besonderer Schwerpunkt unserer  
983 Entwicklungspolitik sein.

### 984 **Kooperationspartner**

985 Die Bundesregierung wird das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und die  
986 Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung von Kirchen,  
987 Nichtregierungsorganisationen, politischen und privaten Stiftungen und der Wirtschaft

988 sowie von Kommunen stärken. Dies gilt bei uns hierzulande ebenso wie in den  
989 Partnerländern. Intensive Kooperationen wie Kammer- und Verbandspartnerschaften sowie  
990 Berufsbildungspartnerschaften sollen weiter gestärkt werden. Wir wollen die  
991 entwicklungspolitische Bildungsarbeit stärken und den fairen Handel unterstützen.

992 In der Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft (PPP) unterstützen wir auf der Basis  
993 einer ausgeglichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau  
994 des privaten Sektors in den Entwicklungsländern, sofern dies einer nachhaltigen, sozialen  
995 und ökologischen Entwicklung dient.

996

#### 997 **Freiwilligeninitiative**

#### 998 ***Kultur der Freiwilligkeit stärken / Freiwilligeninitiative starten (ggf. Abgabe an AG Jugend)***

999 *Eine Kultur der Freiwilligkeit ist wesentliche Grundlage unseres Gemeinwesens. Dies gilt für*  
1000 *alle Freiwilligendienste. Deshalb sollten auch alle Freiwilligendienste den gleichen*  
1001 *Grundsätzen unterliegen. Wir werden ein Gesamtkonzept zur Stärkung aller*  
1002 *Freiwilligendienste vorlegen. In dieses Konzept werden wir auch einen weiterentwickelten*  
1003 *Freiwilligendienst bei der Bundeswehr aufnehmen.*

1004 *Der Freiwillige Wehrdienst ist nur ein Beispiel für ein nachhaltiges freiwilliges Engagement im*  
1005 *Dienst für die Gesellschaft. Das gilt auch für den Bundesfreiwilligendienst sowie für das*  
1006 *Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk sowie den großen*  
1007 *Blaulicht-Organisationen. Um angesichts der Herausforderungen des demografischen*  
1008 *Wandels diese Dienste und Institutionen bei der Suche nach geeignetem Nachwuchs zu*  
1009 *unterstützen, werden wir in Gesprächen mit den Ländern, den Kommunen und den*  
1010 *Arbeitgebern eine Initiative zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das nachhaltige*  
1011 *Ehrenamt ergreifen (Freiwilligeninitiative). Bei der Auswahl eines Studienplatzes, bei*  
1012 *Beurteilungen und Zeugnissen, bei der Einstellung sowie bei notwendigen Freistellungen für*  
1013 *solche freiwilligen Ehrendienste wollen wir diejenigen, die sich freiwillig für unser Land*  
1014 *engagieren, besser stellen als diejenigen, die dies nicht tun.*